

(Sekretär Fleißner.)

(A) Herren! Daß die Stichwahlen irgendwie erzieherisch im politischen Leben wirkten, das wird niemand behaupten wollen. Die Stichwahlen wirken außerordentlich korrumpierend, ohne Ausnahme bei allen Parteien. Wenn wir die Stichwahlen nicht brauchten, würden derartige Dinge wegfallen, wie wir sie wiederholt erlebt haben und wie sie bei den Reichstagswahlen, besonders bei den bürgerlichen Parteien, so außerordentlich in die Erscheinung getreten sind. Also zu den anderen Momenten kommt auch noch ein Moment der politischen Moral, und so können auch von diesem Gesichtspunkte aus unsere Forderungen in keiner Weise irgendwie ernsthaft erschüttert werden.

Wir fordern die Wahl am Sonntag. Es ist ganz klar, daß eine Wahl am Sonntag vom weitaus größten Teile des Volkes gefordert wird, vor allen Dingen vom werktätigen Volke. Denn wenn auch jetzt die politische Aufklärung so weit ist, daß der Arbeiter am Wahltage ein paar Stunden seiner Zeit opfert — jeder aufgeklärte Arbeiter wird trotzdem sein Wahlrecht ausüben —, so muß man doch fragen: Warum diese Erschwernis? Warum sollen wir die Arbeiter in die Lage versetzen, einen größeren Teil ihres Wochenverdienstes ausgeben zu müssen? Das ist doch nicht notwendig! Wir können die Wahl

(B) doch am Sonntag vornehmen, wie wir es schon bei einer Reihe von Gemeinden bei den Wahlen zum Gemeinderate haben. Warum also die Wahl nicht am Sonntag vornehmen? Ich glaube, es gibt dagegen überhaupt kein Argument, außer man wollte etwa sagen, der Sonntag werde durch die politische Wahl entheiligt, es spreche das gegen die kirchliche Auffassung. Meine Herren! Ich kann das nicht gelten lassen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil heute ja schon die Industrie in vielen Fällen das ihr gesetzlich zustehende Recht hat, am Sonntag arbeiten zu lassen, und die Fälle sind gar nicht zu selten, wo das tatsächlich geschieht. Wenn also der Sonntag durch industrielle, durch gewerbliche Arbeit nicht entheiligt und in seiner kirchlichen Aufgabe beeinflusst wird, dann kann es durch die Wahl am Sonntag zweifellos erst recht nicht geschehen. Also ich meine, dieser unserer Forderung steht absolut nichts entgegen, es ist ein stichhaltiges Argument gegen sie jedenfalls nicht vorzubringen.

Meine Herren! Nun noch etwas mehr allgemeiner Art! Sie haben uns oft vorgeworfen, Sie, die Herren aus den bürgerlichen Parteien, und tun es bei jeder Gelegenheit, die Sozialdemokratie verstände nicht positiv mitzuarbeiten, wie man sich aus-

drückt, sie wolle auch nicht positiv mitarbeiten, sie wolle nur Unzufriedenheit erregen, und soweit sie Anträge stelle, verlange sie Unmögliches und stelle Forderungen auf, die überhaupt nicht erfüllt werden könnten usw. Ja, meine Herren, wenn Ihre Befürchtungen ernsthaft gemeint sind, wenn Sie wirklich der Meinung sind, daß die Sozialdemokratie so verfährt, wie Sie es ihr unterstellen — wie es freilich im Ernste nicht der Fall ist —, dann gäbe es für Sie ein sehr einfaches Mittel, einmal die Sozialdemokratie vor die Möglichkeit und Alternative zu stellen, positiv zu arbeiten.

(Zuruf: Das tun wir doch alle Tage!)

Dann riskieren Sie es einmal mit dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht, daß eventuell eine sozialdemokratische Mehrheit in das Parlament kommt! Jetzt sagen Sie immer bei einer sozialdemokratischen Mehrheit: Was soll das werden? Wie wird das gehen? Die Probe auf das Exempel haben Sie noch nicht gemacht. Erst dann, wenn dieser Versuch scheitert und wenn wir wirklich nicht imstande sein sollten, die Dinge nach unserer Meinung vorwärts zu bringen, wie sie gebracht werden müßten, dann erst könnten Sie uns solche Vorwürfe machen. Also auch mit solchen Vorwürfen können Sie unsere Wahlrechtsforderungen jedenfalls in keiner Weise überzeugend entkräften.

Genau so ist es mit einem anderen Argument, mit dem des „gewaltsamen Umsturzes“. Alle Augenblicke wird uns der Vorwurf gemacht, und bei den Wahlen haben in den Flugblättern der bürgerlichen Parteien Vorwürfe dieser Art eine große Rolle gespielt. Der gewaltsame Umsturz soll es sein, auf den die Sozialdemokratie hinaus wollte. Gerade an der Wahlrechtsforderung zeigt sich, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, den gewaltsamen Umsturz zu propagieren. Wenn Sie wollen, wie wir es wollen, daß die Entwicklung der Dinge, die Überleitung der gegenwärtigen Verhältnisse in andere in legaler, friedlicher Weise vor sich geht, wenn Sie wollen, daß diese Entwicklung durch gewaltsame Erschütterungen nicht gestört zu werden braucht, dann müssen Sie die politischen Voraussetzungen dazu geben, und dazu ist eine der besten das gleiche Wahlrecht. Wenn das gleiche Wahlrecht verweigert wird, dann treiben Sie es gerade darauf hin, daß früher oder später einmal gewaltsame Erschütterungen eintreten können, weil Sie die Möglichkeit friedlicher